

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 165. Ratssitzung vom 6. März 2013

3672. 2010/388

Postulat von Marianne Aubert (SP) und Beatrice Reimann (SP) vom 15.09.2010: Kostenfreie Nutzung des öffentlichen Verkehrs an Veranstaltungen mit sehr hohem Personenaufkommen

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

***Marianne Aubert (SP)** begründet das Postulat (vergleiche Protokoll-Nr. 511/2010): Nach Grossveranstaltungen fahren viele Leute dicht gedrängt in den Trams, Bussen und S-Bahnen nach Hause. Ein Durchkommen für die Kontrolleure ist dann fast nicht möglich. Es wird immer gefordert, dass alle Leute den öffentlichen Verkehr (ÖV) benutzen und nicht mit ihren Privatautos in die Stadt fahren sollen. Die Umsetzung des Postulats würde zu weniger innerstädtischem Verkehr und Stau führen. Wir wollen nicht, dass man Millionen Franken aufwirft, um dem Zürcher Verkehrsverbund (ZVV) die entgangenen Billette zu zahlen. Der ZVV soll in die Kosten eingebunden werden, weil alle Personen aus dem ZVV-Einzugsgebiet an die städtischen Grossanlässe kommen.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Departements der Industriellen Betriebe Stellung.

***STR Andres Türler:** Die Schweizerischen Bundesbahnen (SBB) und die Verkehrsbetriebe Zürich (VBZ), sind bei solchen Festen mit allen Mitteln, also Fahrzeugen wie Personal, ohnehin ausgelastet. Im Kanton bestellt dieser die ÖV-Leistungen. Die Gemeinde erbringt sie und der Kanton zahlt sie. Selbst wenn die Gemeinde die Leistungen gratis zur Verfügung stellt, verzichtet der Kanton nicht auf seine Einnahmen. Also muss die Gemeinde zahlen. Wir kooperieren heute schon mit allen beteiligten Organisatoren diverser Grossanlässe, die Eintrittsbillette gleichzeitig auch als für diesen Anlass gültige Trambillette zu verkaufen. Das ist zum Nutzen der Stadt, aber auch des Kantons und der Veranstalter.*

Weitere Wortmeldungen:

***Martin Bürlimann (SVP):** Die ökonomische Definition des Wortes sozial bedeutet für die SP, dass jemand anderes zahlt. Wenn Leute kostenfrei den ÖV benutzen, wird Strom oder Diesel für den Bus und Lohn für den Chauffeur benötigt. Davon steht im Postulat kein Wort. Jeder muss seine eigenen Kosten decken, auch der, der mit dem ÖV zu einem Anlass fährt.*

2 / 2

Alexander Jäger (FDP): Dieses Postulat spielt genau jenen zu, die kein Abo für den ÖV haben. Die Autofahrer dürfen dann gratis mit dem Zug fahren. Diejenigen mit einem ÖV-Abo müssen hingegen noch mehr zahlen, damit das Ganze getragen wird.

Thomas Wyss (Grüne): Auch wir lehnen den Vorstoss ab. Der ÖV soll auch etwas kosten. Wir wollen schliesslich nicht die Festbesucherinnen und -besucher subventionieren. Eine Variante ist eine Festtageskarte, wie sie für einige Grossanlässe bereits angeboten wird. An solch riesigen Veranstaltungen kommt sowieso niemand mehr mit dem ÖV in die Stadt, weil es kein Durchkommen gibt. Wenn der ZVV dies zahlen soll, muss man den Vorschlag beim Kantonsrat einreichen.

Dr. Martin Mächler (EVP): Wenn es darum geht, dass man gratis Mobilitätsressourcen konsumiert, führt dies logischerweise dazu, dass mehr Ressourcen verbraucht werden. Eine Umlagerung dieser Situation ist fast nicht zu erwarten.

Martin Luchsinger (GLP): Autofahrer fahren an solche Anlässe auch mit dem ÖV. Man kann etwas trinken und danach heimfahren, ohne sich strafbar zu machen.

Andreas Kirstein (AL): Es ist nicht der Auftrag der VBZ, das Standortmarketing der Stadt noch ein wenig quer zu subventionieren. Wenn schon, sollte gleich ein Gratis-Tram eingeführt werden, dann muss aber die Finanzierung auch via ökologisch motivierter Umverteilung gesichert sein. Würde dies nur bei Grossveranstaltungen zum Zuge kommen, gäbe es die Frage nach der gerechten Auswahl. Solch einen Verteilungskampf können wir nicht gutheissen.

Karin Weyermann (CVP): Der ÖV darf bei Grossanlässen durchaus auch etwas kosten. Nur weil keine Kontrollen möglich sind, heisst es nicht, dass er gratis sein muss.

Marianne Aubert (SP) zieht das Postulat zurück: Wir müssen den Vorschlag nachbessern und ziehen deshalb die vorliegende Variante zurück.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat